## Initiativantrag

## der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die gerechte Personalausstattung der Polizei in Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die oberösterreichische Polizei angesichts der hohen Fehlstände von insgesamt 445 Vollzeitäquivalenten auf den Dienststellen zumindest in den kommenden vier Jahren mit jeweils zumindest 225 neuen Polizeikräften gestärkt wird, um weiterhin optimale Arbeitsleistungen, ohne Überlastung der im Dienst stehenden Polizeikräfte, zu ermöglichen.

## Begründung

Laut einer parlamentarischen Anfragebeantwortung durch das Innenministerium vom 12.7.2017 sind an den oberösterreichischen Polizeidienststellen um 445,6 Vollzeitäquivalente weniger ausgebildete Polizeikräfte für die Arbeit vor Ort verfügbar als im Dienstpostenplan vorgesehen. Zugleich belegt das Innenministerium in einer weiteren Anfragebeantwortung (ebenfalls vom 12.7.2017), dass Oberösterreich von allen Bundesländern über die geringste Polizeidichte pro Einwohner verfügt. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen leisten die oberösterreichischen Polizistinnen und Polizisten hervorragende Arbeit und gewährleisten Sicherheit vor Ort – nicht zuletzt durch eine enorme Anzahl an geleisteten Überstunden und Journaldiensten. In der Praxis führt das bei Polizeikräften im Außendienst oft zu Arbeitszeiten von 55-60 Wochenstunden, in Einzelfällen sogar darüber hinaus.

Diese hohe zeitliche Inanspruchnahme macht den Beruf des Polizisten bzw. der Polizistin insbesondere für Eltern von Kleinkindern immer schwieriger, ebenso sind außerdienstliche Freizeitaktivitäten, wie etwa Engagement in Vereinen, nur schwer vereinbar. Hinzu kommt, dass die Zahl der Austritte aus dem Polizeidienst in Oberösterreich gegenüber den Vorjahren im Steigen begriffen ist.

Um sowohl die Sicherheit in Oberösterreich weiterhin zu erhalten, wie auch die im Dienst stehenden Polizeikräfte zeitlich nicht zu überfordern, treten die unterzeichneten Abgeordneten für eine verbindliche Ausbildungsoffensive von jeweils mindestens 225 neuen Polizeikräften pro Jahr zumindest für die kommenden 4 Jahre ein. Damit könnten mittelfristig nicht nur die natürlichen Abgänge kompensiert werden, sondern auch die fehlenden Vollzeitäquivalente im Polizeidienst schrittweise ausgeglichen werden. Laut Informationen des Innenministeriums stehen für Oberösterreich folgende "natürliche Abgänge" in den kommenden Jahren bevor: 105 Abgänge im Jahr 2017, 113 Abgänge im Jahr 2018, 117 Abgänge im Jahr 2019, 124 Abgänge im Jahr 2020 und 138 Abgänge im Jahr 2021.

Damit die zusätzlich auszubildenden Polizeikräfte nicht (wie bisher) zu Lasten der auf den Dienststellen systematisierten Dienstposten gehen, müssen insbesondere für die Zeit der nunmehrigen Ausbildungsoffensive, aber auch darüber hinaus, eigene Ausbildungsplanstellen im erforderlichen Ausmaß geschaffen werden.

Linz, am 18.September 2017

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Krenn, Makor, Müllner, Bauer, Rippl, Schaller, Punkenhofer, Peutlberger-Naderer, Promberger, Binder, Weichsler-Hauer